



Gute Kitas für alle statt perfekte Kitas für manche

Kita-Plätze gebraucht – Vorgaben für Kitas anpassen und Investitionen unterstützen

Mehr Kinder im Kita-Alter machen eine Anpassung von Gesetz und Förderung nötig

Kita-Plätze sind vielerorts knapp. In fast allen Städten und Gemeinden wurden aktuell zusätzliche Kita-Plätze geschaffen, durch Neubau, Anbauten oder Schaffung von Modellen wie Waldgruppen. Neben den Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Baumaßnahmen ist auch das laut Gesetz erforderliche Fachpersonal knapp. Der höhere Bedarf erklärt sich vor allem aus der stark gewachsenen Zahl von Kindern unter sechs Jahren. Hinzu kommt aktuell eine größere Anzahl geflüchteter Kinder aus der Ukraine. Das Kernproblem: Zulässige Gruppengrößen und Fachkräftebedarf hängen nach dem Gesetz direkt mit der Kinderzahl zusammen. Deshalb fordert der HSGB eine grundlegende Anpassung der in Hessen gültigen Vorschriften für die Kinderbetreuung.

Herausgeber:



HSGB
HESSISCHER STÄDTE-
UND GEMEINDEBUND

**Hessischer Städte-
und Gemeindebund e.V.**

Harald Semler · Johannes Heger
Dr. David Rauber

Henri-Dunant-Straße 13
63165 Mühlheim am Main
Telefon 06108 6001-0
hsgb@hsgb.de · www.hsgb.de

Zahlen, Daten, Fakten zur Lage

Die Herausforderungen im Bereich der Kinderbetreuung ergeben sich aus einigen wichtigen gesellschaftlichen Trends:

- Die Altersgruppe der Kinder unter sechs Jahren ist in den letzten Jahren entgegen aller Prognosen deutlich gewachsen.
- V.a. wegen der guten Arbeitsmarktlage und der verbreiteten Erwerbstätigkeit beider Elternteile werden verstärkt Betreuungsangebote in Anspruch genommen, und zwar meist auch im Alter unter drei Jahren.

Bevölkerung U6 in Hessen

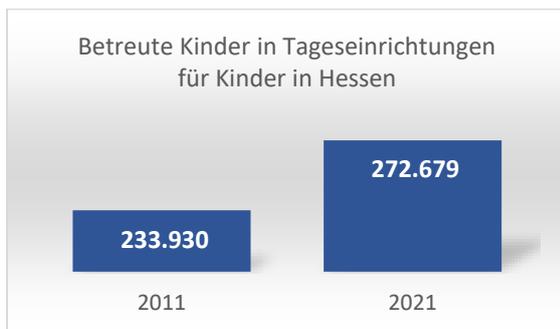


Quellenangabe: Die dargestellten statistischen Daten hat das Hessische Statistische Landesamt veröffentlicht.

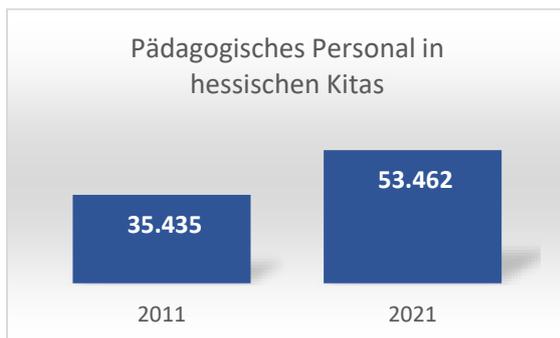




Diese Trends sorgen dafür, dass eine wachsende Zahl von Kindern bis zu fünf Jahre in Kitas betreut wird.



Die Zahl der in hessischen Kitas betreuten Kinder stieg in zehn Jahren um 16,6%.

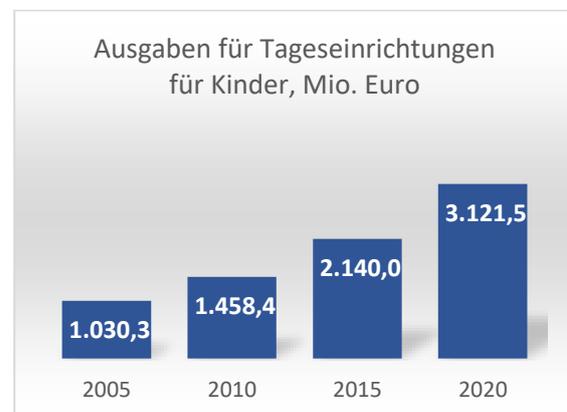


Weit stärker konnten die Kita-Träger zusätzliches pädagogisches Personal gewinnen. Die entsprechende Zahl wuchs binnen zehn Jahren um rund 51%. Hierin zeigt sich u.a., dass das Land Hessen die personellen Anforderungen für den Kita-Betrieb mehrfach erhöht hat.

Selbstverständlich achten die Kita-Träger auch selbst auf eine ausreichende Personalausstattung. Um Personal zu gewinnen und zu halten, haben gerade die kommunalen Kita-Träger viel getan.

- So sind die Bediensteten des Sozial- und Erziehungsdienstes in den Tarifrunden 2015 und 2022 strukturell deutlich bessergestellt worden und erhalten deutlich mehr Geld, auch im Vergleich zu anderen Berufsgruppen, die in den Kommunen tätig sind.
- Mit der Tarifrunde 2022 haben die Arbeitgeber auch die Forderung nach sog. Entlastungstagen aufgegriffen.

Was die Kita-Träger nicht ändern können: Die demographische Entwicklung. In den nächsten Jahren gehen altersbedingt viele Kita-Fachkräfte in Rente. Das Land geht bereits für 2022/2023 von einer Fachkräftelücke von rd. 700 bis 2.800 Personen aus. Zusätzlich würde die vollständige Umsetzung des höheren Personalstandards nach dem Gute-Kita-Gesetz 2.100 zusätzliche Fachkräfte erfordern. Diese Zahlen sind der zentrale Grund für unsere Forderung nach einer Lockerung der Personalstandards (Neues Bündnis Fachkräfte-sicherung Hessen, Februar 2022, S. 4).



Diese Entwicklungen führen zu stark steigenden Ausgaben der hessischen Kommunen für die Kinderbetreuung. Da die Beiträge der Eltern und die Betriebskostenzuweisungen des Landes nur den kleineren Teil der Ausgaben decken, müssen die Städte und Gemeinden den überwiegenden Teil dieser Ausgaben finanzieren. Das erschwert den Kommunen den gesetzlich vorgeschriebenen Haushaltsausgleich. Auch deshalb mussten die weitaus meisten Städte und Gemeinden in Hessen ihre Grundsteuern deutlich erhöhen.

Der rechtliche Hintergrund

Die Städte und Gemeinden müssen in Hessen dafür sorgen, dass die erforderlichen Betreuungsplätze in Kitas und in der Tagespflege zur Verfügung stehen. Außerhalb der Großstädte müssen in der Regel die Landkreise als Jugendhilfeträger die Rechtsansprüche auf einen Betreuungsplatz erfüllen; anderenfalls wird der Jugendhilfeträger schadensersatzpflichtig.





Grundlage ist das Hessische Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch (HKJGB). Das HKJGB regelt die Aufgaben und Anforderungen für die Kinderbetreuung in Hessen. Das Gesetz regelt insbesondere Personalstandards, Gruppengrößen und andere Genehmigungsvoraussetzungen für Kitas. Aktuell dürfen nur bestimmte Berufsgruppen mit Leitungsaufgaben oder mit der Kinderbetreuung betraut werden.

Für eine unterstützende Arbeit von Nicht-Fachkräften fehlt eine gesetzliche Grundlage. Das war während der Corona-Pandemie zeitweise anders, nach der hessischen Coronavirus-Schutzverordnung durften Nicht-Fachkräfte unterstützend tätig werden. Einige Kommunen konnten so neue Mitarbeiter gewinnen und an die Erzieherausbildung heranführen. Dieser zusätzliche Einstieg sollte dauerhaft geöffnet werden.

Forderungen des HSGB deshalb:

1. Nur Mindestanforderungen für die Personalausstattung regeln und Flexibilität oberhalb gewährleisten
2. Mindeststandards durch flexiblere Verordnung, nicht per Gesetz regeln
3. Starre Unterscheidung zwischen Leitungsaufgaben und Mitarbeit aufheben
4. Mitarbeit von Nicht-Fachkräften möglich machen und auf den Personalmindestbedarf anrechnen
5. Keine erhöhten Standards für neue Kitas

Diese Forderungen hat der HSGB bereits Anfang Juni an das Hessische Ministerium für Soziales und Integration herangetragen. Bislang liegt der angekündigte Gesetzentwurf zur Lockerung der Personalstandards nicht vor.



HSGB

HESSISCHER STÄDTE-
UND GEMEINDEBUND

Der Hessische Städte- und Gemeindebund e.V. (HSGB) **Starker Partner der Kommunen**

ist der mitgliederstärkste kommunale Spitzenverband der kreisangehörigen Kommunen in Hessen. Er bündelt gemeinsame Anliegen und Belange seiner Mitgliedsstädte und -gemeinden und vertritt sie gegenüber dem Hessischen Landtag, der Hessischen Landesregierung sowie gegenüber anderen Körperschaften und Organisationen. Darüber hinaus leistet der HSGB Rechtsberatung und Prozessvertretung für seine Mitglieder. Von den 417 kreisangehörigen Städten und Gemeinden gehören dem Hessischen Städte- und Gemeindebund 400 Kommunen als Mitglieder an. Hinzu kommen über 100 kommunale Körperschaften des öffentlichen Rechts (z.B. Zweckverbände) als außerordentliche Mitglieder.

Hinter dem Verband steht eine starke ehrenamtliche Struktur. Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedskommunen arbeiten in Präsidium, Hauptausschuss und den Fachausschüssen mit. Jede Mitgliedskommune entsendet einen Vertreter in die Mitgliederversammlung, das höchste Organ des Hessischen Städte- und Gemeindebundes. Die Mitgliederversammlung wählt das Präsidium (10 Mitglieder) sowie den Hauptausschuss (30 Mitglieder). Das Präsidium besteht aus dem Präsidenten, dem Ersten Vizepräsidenten, dem Vizepräsidenten sowie sieben Beisitzern und dem Sprecher der Geschäftsführung oder einem Stellvertreter. Der Hauptausschuss beschließt wichtige Stellungnahmen des HSGB zu Gesetzen, Verordnungen und Erlassen. Die sechs Fachausschüsse des Verbandes erarbeiten verbandspolitische Initiativen und nehmen Stellung zu Gesetzentwürfen, Verordnungen und Erlassen der Landesregierung sowie zu Gesetzentwürfen der Landtagsfraktionen, um die Entscheidungen der Organe vorzubereiten.



HSGB

HESSISCHER STÄDTE-
UND GEMEINDEBUND